



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

16. Juni 2015

+++ Podiumsgespräch +++

Tabuthema: Sterbehilfe

Sollte ein todkranker Mensch mit massiven Schmerzen Hilfe zum Sterben bekommen? In dieser Frage ist die Gesellschaft gespalten. Aber wie sind die geltenden rechtlichen Voraussetzungen und welche Änderungen sind geplant?

Am **Montag, den 22. Juni ab 18 Uhr** diskutiere ich im Justus-Liebig-Haus zusammen mit **Dr. Marion Großklaus-Seidel**, Präsidentin der Evangelischen Hochschule Darmstadt und **Dr. Matthias Pfisterer**, Chefarzt der Klinik für Geriatrie im Elisabethenstift über das Thema Sterbehilfe.

Ich freue mich auf eine interessante Diskussion!

Der Eintritt ist frei, eine Spende wird erbeten.

Liebe Leserin, lieber Leser,

gestern und heute gab es ein ungewöhnliches Bild im Plenarsaal: Sitzplätze und Rednerpult wurden von 315 Jugendlichen aus dem gesamten Bundesgebiet eingenommen! Beim **Planspiel „Jugend und Parlament“** sind sie vier Tage lang in die Rolle von Bundestagsabgeordneten geschlüpft und haben den Weg von vier fiktiven Gesetzesinitiativen unter realen Bedingungen simuliert. Wer Lust hat, kann sich die Debatten auch noch nachträglich in der [Mediathek](#) anschauen. Mit Lukas Harnischfeger war auch ein Teilnehmer aus Darmstadt-Dieburg dabei: Er spielte einen Abgeordneten der „Christlichen Volkspartei“ – obwohl er sich im wahren Leben bei den Jusos engagiert. Aber es kann ja nie schaden, die Argumente der Gegenseite genau zu kennen!

Morgen übernehmen dann die echten Abgeordneten wieder die Plätze im Plenum. Es geht los mit einer Gesetzesinitiative zur **Verbesserung der Hospizversorgung** (mehr dazu auf Seite 2). Außerdem wird des **Volksaufstandes vom 17. Juni 1953** gedacht, bei dem vor 62 Jahren in der DDR rund eine Million Menschen für Freiheit und Demokratie demonstriert hatten, bevor der Protest von sowjetischen Truppen blutig niedergeschlagen wurde.

Der Donnerstag beginnt mit einer **Regierungserklärung der Kanzlerin zum EU-Gipfel** am 25. und 26.6. in Brüssel. Das Gesetz zur **Anhebung von Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag und Kindergeld**, mit dem wir besonders auch Alleinerziehende stärken wollen, wird anschließend verabschiedet. Nachmittags gibt es eine spannende Diskussion zum Gesetzentwurf zur **Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare**, den die Grünen eingebracht haben.

Ich wünsche Euch und Ihnen eine schöne Woche!

Euse / Ihre Brigitta Zypries



+++ Veranstaltungstipp +++

„Kleid at Day“

Ein Veranstaltungstipp für das kommende Wochenende in Darmstadt: Bereits zum zweiten Mal nach dem Erfolg von „Kleid at Night“ kann man am **Samstag, 20. Juni, auf der Carree-Piazza zwischen 10 und 13 Uhr** an verschiedenen Verkaufsstellen mit Kleidern, Hosen, Schuhen & Schmuck nachhaltig shoppen.

Und wer seinen „Kaufrausch ausgelebt“ hat, kann sich bei einem Getränk erholen und bunter Musik lauschen.

Wer selbst zu viel im Kleiderschrank hat, kann sich mit einem **Verkaufsstand** beteiligen! Anmeldung unter 06151-7806-900 oder per E-Mail an:

tanja.sorger@centralstation-darmstadt.de.

Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung

Der Tod ist für viele ein beängstigendes Thema und kaum jemand denkt gerne über das Sterben nach. Trotzdem wünschen wir alle uns, dass ein erfülltes Leben in Würde endet, ruhig und ohne Schmerzen. **Man kann nicht hoch genug schätzen, wie wichtig menschliche Zuwendung und die richtige pflegerisch-medizinische Hilfe in der letzten Lebensphase sind.**

Die Hospizbewegung und die Weiterentwicklung der Palliativmedizin haben sehr viel erreicht. Sie richten die Aufmerksamkeit auf die ganzheitliche Behandlung des schwerkranken oder sterbenden Menschen und zielen auf **Verbesserung der Lebensqualität, auf Beherrschung von Schmerzen und Angst. Die Wünsche und das Befinden des Menschen stehen im Mittelpunkt**, wenn Heilung nicht mehr möglich ist und es nicht um rein lebensverlängernde Maßnahmen gehen kann.

Auch für Angehörige können Hospize und Hospizdienste sehr viel leisten. Die Gewissheit, dass ein geliebter Mensch friedlich und ohne Schmerzen sterben kann, ist unendlich wertvoll. Ein ruhiges Abschiednehmen ist hilfreich in der Trauer. Gute Sterbebegleitung ist also nicht nur für den Sterbenden unermesslich wichtig.

Am Mittwoch beginnt die Plenarsitzung mit einem **Gesetzentwurf der Bundesregierung, der die Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland verbessern soll.** Dazu sollen die stationären Erwachsenen- und Kinderhospize finanziell stärker unterstützt werden. 95 % der Kosten der Hospize sollen durch die Krankenkassen refinanziert werden. Die restlichen 5 % erwirtschaften die Hospize dann noch selbst – so soll die ehrenamtliche und spendenfinanzierte Hospizbewegung erhalten bleiben, das wünschen diese Einrichtungen auch so.

Auch ambulant tätige Palliativmediziner und Hospizdienste sollen besser bezahlt werden. In Pflegeheimen sollen Bewohner ein Angebot für individuelle Planung medizinischer, pflegerischer und seelsorgerlicher Betreuung in der letzten Lebensphase bekommen. Außerdem erhalten alle Versicherten einen Rechtsanspruch darauf, von ihrer Krankenkasse umfassend und individuell zum Thema Hospiz- und Palliativversorgung beraten zu werden.

Mit diesen und weiteren Maßnahmen setzen wir lang angemahnte Forderungen von Ärztinnen und Ärzten und Pflegenden um. Sterbebegleitung, Pflege und ärztliche Versorgung werden besser miteinander verknüpft, damit Menschen in ganz Deutschland auch im Sterben gut versorgt und begleitet werden.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Bilder:
Daniel Becker*

Vorbeugen ist besser als heilen – Gesundheitsförderung und Prävention stärken

Bluthochdruck, Diabetes, Herz-Kreislauf-Probleme, Adipositas – diese weit verbreiteten Krankheiten haben etwas gemeinsam: Sie sind in den meisten Fällen lebensstilbedingt und ihre Verbreitung könnte durch gesunde Ernährung und genügend Bewegung eingedämmt werden. Die meisten von uns bewegen sich zu wenig und essen zu viel oder zu ungesund – und die Bevölkerung in Deutschland altert, auch das trägt dazu bei, dass solche Krankheiten auf dem Vormarsch sind. Rauchen, übermäßiger Alkoholkonsum und Stress kommen noch hinzu.

Das „Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention“, über das am Freitagnachmittag abgestimmt wird, hat zum **Ziel, die Prävention von Krankheiten zu fördern, also Krankheiten zu vermeiden, bevor sie entstehen** bzw. ihren Verlauf möglichst positiv zu beeinflussen. Dafür soll Gesundheitsförderung in allen Lebensbereichen eine Rolle spielen: in Kitas, Schulen, im Betrieb oder Pflegeheim.

Konkret sollen sich die Leistungen der Krankenkassen für die Prävention mehr als verdoppeln. Künftig könnten die Krankenkassen jedes Jahr mindestens 490 Millionen Euro darin investieren, das sind 7 Euro pro Versichertem ab 2016. Zudem sollen Arbeitsschutz und betriebliche Gesundheitsvorsorge enger miteinander verknüpft werden, **gerade kleine und mittelständische Betriebe sollen über verbesserte Leistungen der Krankenkassen mehr für die Gesundheit ihrer Mitarbeiter tun können**. Da wir einen großen Teil unserer Zeit am Arbeitsplatz verbringen, ist es ungemein wichtig, dass das Thema Gesundheit dort auch eine Rolle spielt.

Das Gesetz sieht vor, dass auch Pflegebedürftige, die in Pflegeheimen wohnen, Anspruch auf Präventionsleistungen haben. Zudem sollen die **Früherkennungsuntersuchungen** für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ausgeweitet werden. Die Versicherten bekommen einen Anspruch auf Gesundheitsuntersuchungen, bei denen individuelle Risiken und Präventionsmöglichkeiten in den Blick genommen werden. Auch der **Impfstatus** soll Thema solch einer Beratung sein. Es ist außerdem vorgesehen, dass Eltern eine ärztliche Beratung zum Impfschutz nachweisen müssen, wenn sie ihr Kind in eine Kita geben.

Gesundes Aufwachsen bei Kindern zu fördern, ist besonders entscheidend. Und es ist gut, früh zu beginnen: Je eher im Leben Gesundheitsvorsorge und Krankheitsprävention eine Rolle spielen, um so besser!